

dbb Hessen-Pressemitteilung 8/2023 · Frankfurt, 21.06.2023

Tag des öffentlichen Dienstes: Stabilisierender Faktor in schwierigen Zeiten

Die Welt ist im Dauerkrisenmodus: Erst Corona, dann Krieg, Inflation und - über allem – liegt der Klimawandel. Die Stimmung wird zunehmend aggressiver, der gesellschaftliche Zusammenhalt scheint zu schwinden. Was jedem einzelnen Menschen viel Resilienz abverlangt, gilt auch für den Staat, der diese Krisen zu managen hat – zusätzlich zu den normalen Aufgaben, die immer mehr und immer komplexer werden.

Am heutigen (23.6.) Tag des öffentlichen Dienstes sieht der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, eine Gelegenheit, daran zu erinnern, was der Staat auf verschiedensten Ebenen leistet.

Eine Umfrage des dbb hatte zum Ergebnis, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend das Vertrauen schwindet, der Staat könne die aktuellen Herausforderungen meistern.

„Natürlich schwindet das Vertrauen, wenn die Bürgerinnen und Bürgern sich mit ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen fühlen“, sagt Schmitt. „Ebenso wenig bleibt ihnen verborgen, dass der öffentliche Dienst mit erheblichen Personalengpässen und der hinterherhinkenden Digitalisierung zu kämpfen hat.“

Es soll aber daran erinnert werden, dass diese Defizite das Ergebnis zu später oder falscher Weichenstellungen der Politik sind. Auszubaden haben das aber regelmäßig die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, weil sie von den Bürgerinnen und Bürgern als Repräsentanten des Staates wahrgenommen werden und -völlig zu Unrecht- den Unmut abbekommen.

„Egal, wie sehr die Hütte brannte, die Ämter und Behörden haben unter den gegebenen Rahmenbedingungen engagiert und verlässlich ihre Arbeit gemacht und häufig Extraschichten geschoben, wie zum Beispiel bei der Bearbeitung der Coronahilfen,“ sagt Heini Schmitt.

Er sieht im öffentlichen Dienst daher einen stabilisierenden Faktor für das gesellschaftliche Miteinander. „Es ist der öffentliche Dienst, der den Laden am Laufen hält, trotz aller in immer kürzeren Abständen auf ihn einprasselnden Sonderlagen. Und dies, obwohl die Anforderungen immer komplexer werden. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer häufiger zum Ziel gewalttätiger Übergriffe werden.“

Für einen zukunfts- und leistungsfähigen Dienst müssen die Rahmenbedingungen stimmen. „Die Besoldung muss den höchstrichterlichen Urteilen entsprechend verfassungskonform ausgestaltet werden und die Tarifentgelte müssen deutlich angehoben werden“, darin sieht Schmitt wesentliche Punkte. Menschen, die sich für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entscheiden, müssen Planungssicherheit erwarten können. „Das klappt aber auch nur, wenn wir überhaupt genügend Beschäftigte für den öffentlichen Dienst gewinnen können. Schon heute fehlen bundesweit auf allen Ebenen Hunderttausende Mitarbeiter, zudem steuern wir auf eine Pensionierungs- und Verrentungswelle zu.“

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt